

Atomdeal gegen die Bürgerinnen und Bürger

Schwarz-Gelb beschließt Geheimdeal mit Atomkonzernen

Am 6. September 2010 feierten Kanzlerin, Umwelt- und Wirtschaftsminister in den Medien die schwarz-gelbe Einigung auf längere Laufzeiten für Atomkraftwerke (AKW). Nur einen Tag später erfuhr die Öffentlichkeit, dass in erster Linie nicht die Koalitionspartner miteinander verhandelt hatten. Denn per Telefon saßen die vier großen Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW mit am Tisch. Mit ihnen schloss die Regierung nach monatelangem Hin und Her einen Geheimvertrag über längere Laufzeiten für AKW. Ans Licht kam diese Hinterzimmerkungelei nur, weil sich RWE-Vorstandsmitglied Rolf Martin Schmitz auf einer Konferenz verplappert hatte.

Atomlobby diktiert der Regierung die Preise

Am Parlament vorbei hat Schwarz-Gelb der Atomlobby längere Laufzeiten für AKW auf Kosten der Sicherheit und zu Lasten der Erneuerbaren Energien sowie der 800 kommunalen Energieversorger verkauft. Und dabei haben die AKW-Betreiber der Regierung die Bedingungen diktiert. Das gesamte Vorgehen ist ein Schlag ins Gesicht unserer Demokratie.

Umweltminister Röttgen versucht nun seine Hände in Unschuld zu waschen: Weder er noch ein Vertreter des Ministeriums hätten den Geheimvertrag mit ausgehandelt. Da stellt sich die Frage, ob Röttgen ausgebootet wurde oder ob er dem Deal nicht beiwohnen wollte.

Schließlich hatte Röttgen im Spiegel vom 23. August 2010 wissen lassen: „Die Politik muss mächtige Unternehmen gerade auch im Steuerrecht so wie die normalen Bürger behandeln. Deshalb darf der Staat grundsätzlich nicht mit einzelnen Unternehmen einen Deal machen.“

Übrigens hat die Regierung den Geheimvertrag später nur deshalb veröffentlicht, weil der Druck der Opposition im Bundestag, der Verbände und Nichtregierungsorganisationen zu groß geworden war. Wäre es nach Lobbykanzlerin Merkel und Co. gegangen, wäre alles vertuscht worden.



Merkels Atomdeal bedeutet rund 5.000 Tonnen zusätzlichen Atommüll.

Schwarz-gelber Atomdeal ist verfassungsrechtlich fragwürdig

Nun soll das Atomgesetz auf Grundlage dieses schmutzigen Deals im Eiltempo geändert werden und zwar ohne Zustimmung des Bundesrates. Denn dort hat Schwarz-Gelb keine Mehrheit mehr. Obwohl verschiedenste Gutachten von Rechtsexperten das Übergehen der Länderkammer für nicht verfassungskonform halten, bleibt die Koalition dabei. Dabei war auch der Umweltminister bis vor kurzem der Meinung, dass der Bundesrat über eine deutliche Verlängerung der Laufzeiten von AKW mitentscheiden muss. Sollte Schwarz-Gelb ohne Beteiligung der Länder die Laufzeitverlängerung beschließen lassen oder sollte es weitere Bindungen des Parlaments geben, werden die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-geführten Länder Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen.

Hierzu hatte Röttgen in einer Rede am 19. Mai 2010 ange-mahnt: „Unser Selbstverständnis als Gesetzgeber muss sein, verfassungskonforme Gesetzgebung zu machen, nicht aber, Risiken einzugehen und dann zu warten, ob man von Karlsruhe korrigiert wird.“

AKW können nun bis 2040 und sogar bis 2050 am Netz bleiben

Offiziell spricht Schwarz-Gelb von einer durchschnittlichen Laufzeitverlängerung von 12 Jahren: Acht Jahre für die sieben ältesten Meiler und 14 Jahre für die sogenannten neun jüngeren AKW. Dabei verschleiern Union und FDP, dass es hier um eine Neuzuteilung der Stromproduktionsmengen geht. Die zusätzliche Strommenge, welche die Regierung den Energieriesen spendiert hat, führt dazu, dass die Kraftwerke länger am Netz bleiben als im Schnitt 12 Jahre. Experten gehen davon aus, dass nun bis 2040, wenn nicht sogar bis 2050, Atomstrom in Deutschland produziert wird. Interessant ist hierbei auch, dass ausgerechnet der Pannenmeiler Krümmel, der auf dem Technikstand der 60er Jahre basiert, aber erst 1983 ans Netz ging, als „jüngerer“ Reaktor gilt und mindestens weitere 14 Jahre laufen soll.

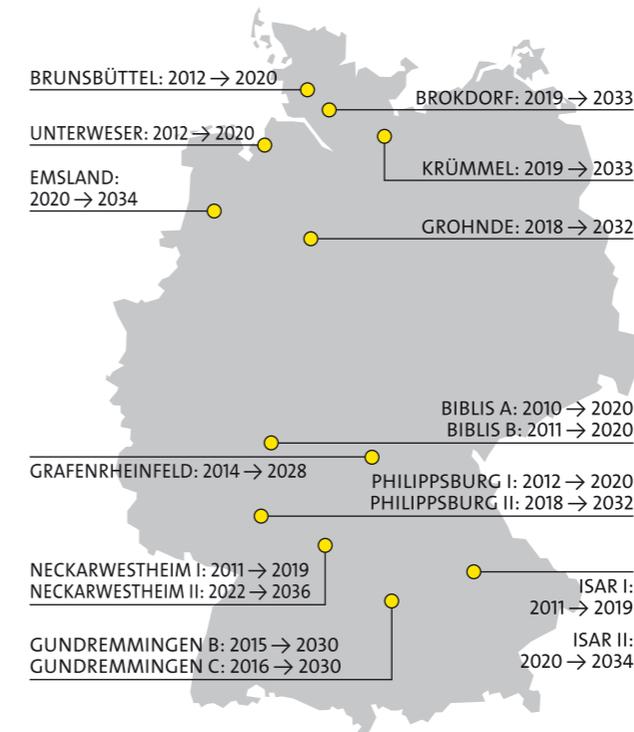
Längere Laufzeiten für kleines Geld

Für die längeren Laufzeiten sollen die Energiekonzerne bezahlen. Allerdings hat die Atomlobby hier erfolgreich den Preis gedrückt und Zusagen an Bedingungen geknüpft. So sollen pro Reaktor Beträge als freiwillige Abgabe in den Energie- und Klimafonds der Regierung fließen. Allerdings nur für die zusätzlichen Laufzeitjahre. Die Regierung geht von maximal 15 Milliarden aus, die über eine Zeitspanne von 30 Jahren in den Fonds eingezahlt werden sollen. Das ist gemessen an den zusätzlichen Gewinnen der Konzerne, die auf bis zu 100 Milliarden geschätzt werden, lächerlich wenig. Zudem haben die AKW-Betreiber durchgesetzt, diese Abgabe von der Steuer absetzen zu können. Dadurch gehen Bund, Ländern und Kommunen rund fünf Milliarden an Einnahmen durch die Lappen.

Profitgier vor Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Mit jedem weiteren Jahr, das die AKW am Netz bleiben, steigt das Sicherheitsrisiko – etwa auf Grund von Material-

Mindestlaufzeitverlängerung für AKW nach schwarz-gelbem Atomdeal*



* Zahlenquellen: Ursprüngliche Restlaufzeiten Bundesumweltministerium. Die neuen Mindestlaufzeiten wurden von uns errechnet.

ermüdungen. Außerdem würde kein Meiler einem terroristischen Angriff aus der Luft standhalten. Eine aktuelle Untersuchung hat erneut festgestellt, dass die Reaktordruckbehälter der Baulinie 69 Konstruktionsmängel aufweisen. Diese können dazu führen, dass die Reaktorkessel bei extremen Belastungen bersten. Eine Katastrophe wie in Tschernobyl wäre die Folge. Deshalb dürfen die AKW Brunsbüttel und Krümmel nicht wieder in Betrieb und müssen die Altreaktoren Isar 1 und Philippsburg 1 sofort und für immer vom Netz genommen werden.

Nachrüstungskosten bei 500 Millionen Euro gedeckelt

Das Bundesumweltministerium geht bei einer Laufzeitverlängerung von 12 Jahren davon aus, dass die Kosten für die Sicherheitsnachrüstungen zwischen 600 Millionen und zwei Milliarden Euro pro AKW liegen. Der schwarz-gelbe Atomdeal sieht aber faktisch eine Deckelung der Nachrüstkosten pro AKW bei 500 Millionen Euro vor. Wird diese Grenze überschritten, können die AKW-Betreiber die Mehrkosten von ihren Einzahlungen in den Energie- und Klimafonds abziehen.

Sicherheitsanforderungen bleiben vage

Unter der Führung des Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer, der viele Jahre für E.ON gearbeitet hat und den Röttgen ausgerechnet zum Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit machte, wurden „Sicherheitsanforderungen“ aufgelistet. Diese sollen allerdings erst mittel- bis langfristig angegangen werden. Das heißt: Die alten Schrottmeiler können noch jahrelang ohne zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen einfach so weiterlaufen. Der geplante bauliche Schutz gegen Abstürze von Passagierflugzeugen wurde gestrichen. Welche Sicherheitsanforderungen die AKW wirklich erfüllen müssen, bleibt vage. Dafür sollen Klagen von Bürgerinnen und Bürgern gegen mangelnden Schutz künftig verhindert werden können. Fest steht jedoch, keiner der 17 Reaktoren entspricht dem Stand der Technik. Aber jeder zusätzliche Tag an Laufzeit bringt eine Million Euro pro AKW in die Kasse der Konzerne.

Atomlobby hat Brennelementesteuer gedrückt

Entgegen den schwarz-gelben Ankündigungen soll die Brennelementesteuer nicht unbefristet, sondern nur bis 2016 zur Stopfung von Haushaltslöchern erhoben werden. Ursprünglich plante die Koalition auch pro Gramm spaltbarem Uran oder Plutonium 220 Euro einzunehmen. Die Atomlobby hat den Steuersatz um gut ein Drittel auf 145 Euro pro Gramm gedrückt. Außerdem können die Konzerne die Brennelementesteuer als Betriebsausgabe steuerlich absetzen. Die bislang geschätzten zusätzlichen Einnahmen durch die Brennelementesteuer in Höhe von 2,3 Milliarden Euro werden dadurch vermutlich geringer ausfallen.

Außerdem haben die Konzerne weitere Möglichkeiten für sich geschaffen, um die Zahlungen an den Energie- und Klimafonds zu kürzen, wenn

- die Einnahmen aus der Brennelementesteuer auf Grund der gelieferten Strommenge die 2,3 Milliarden übersteigen,
- ihre Erhebung über 2016 hinaus erfolgt,
- die steuerliche Absetzbarkeit der Brennelementesteuer gestrichen wird.

Ohnehin haben E.ON und Co. sich offen gehalten, gegen die Brennelementesteuer vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Es ist unerträglich, dass Schwarz-Gelb die Zahlungen von Steuern und Abgaben mit der Atomlobby verhandelt hat. Schließlich ist die Festlegung von Steuern Sache des Gesetzgebers.

Atomlaufzeitverlängerungen bedeuten nicht niedrigere Strompreise, sondern im Gegenteil noch mehr Marktmacht für die vier Oligopolisten. Ohne funktionierenden Wettbewerb können sie die Preise bestimmen und Kosten für die Abgabe an den Energie- und Klimafonds sowie womöglich auch die Brennelementesteuer an die Endverbraucher weiterreichen. Auch wenn Schwarz-Gelb anderes behauptet: Mit höheren Strompreisen ist jetzt zu rechnen.

Klientelpolitik anstatt zukunfts-fähiger Energiepolitik

Eins ist klar, zu Gunsten der Atomkonzerne hat Schwarz-Gelb energiepolitisch den Rückwärtsgang eingelegt. Für E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW zahlen sich die Wahlkampfspenden jetzt aus. Merkel und ihre Truppe bedanken sich bei ihnen mit Milliardengeschenken. Alle Beteuerungen, die Erneuerbaren Energien auszubauen, sind dagegen reine Lippenbekenntnisse. Denn solange der Atomstrom unsere Leitungen verstopft, haben die Erneuerbaren Energien wie z. B. die Windkraft das Nachsehen. Denn Windräder lassen sich einfach anhalten, derweil ein Atomkraftwerk nicht kurzfristig abgeschaltet werden kann.



Atomenergie ist die gefährlichste aller Energiequellen. Bei keinem Prozess der Energieumwandlung besteht eine solche Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Menschen wie bei der Atomenergie. Und auch die Versorgungssicherheit wird durch Atomenergie nicht garantiert.

Schwarz-Gelb erzählt seit Jahren das Märchen, dass Deutschland bei Verzicht auf Atomenergie Strom im Ausland kaufen müsse. Das ist schlicht erfunden. Denn allein im ersten Halbjahr 2010 ist die Stromproduktionsmenge von sieben Atommeilern in den Exportüberschuss geflossen. Und eigentlich sind sogar neun Atomkraftwerke verzichtbar, da Krümmel und Biblis A aus Sicherheitsgründen abgeschaltet wurden.

Auf Grund verschiedener Maßnahmen im sogenannten Energiekonzept wird sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien verlangsamen. Denn die Bedingungen für Investitionen in Erneuerbare Energien werden verschlechtert. Außerdem wurden das Marktanreizprogramm zur Förderung der erneuerbaren Wärmetechnologien und die Einspeisevergütung für Solarstrom gekürzt. Union und FDP riskieren so die 300.000 Jobs im Bereich der Erneuerbaren Energien, deren Verdopplung bis 2020 eigentlich möglich wäre.

Schwarz-Gelb verhindert Wettbewerb

Der im Jahr 2000 vertraglich beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie hat den deutschen Energiemarkt in Bewegung gesetzt. Viele neue Energieunternehmen und kommunale Versorger haben in den vergangenen Jahren in hochmoderne und effiziente Anlagen zur Energieerzeugung investiert oder solche Investments geplant. Nun haben CDU/CSU und FDP den Weg in die Vergangenheit besiegelt. Die kommunalen Energieversorger gehören zu den Verlierern, weil sie gegen die gestärkte Monopolstellung der großen vier Atomkraftwerksbetreiber keine Chance auf einen fairen Wettbewerb haben.

Kurz und Knapp:

- Es gibt keine vernünftigen Gründe für längere AKW-Laufzeiten
- Es gibt bis heute kein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle.
- Der Schwarz-gelbe Atomdeal schürt einen neuen gesellschaftlichen Großkonflikt

Wir stehen zum Atomausstieg

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die einseitige Bevorzugung von vier Unternehmen gegen die Interessen der Bevölkerung nicht hinnehmen und so lange gegen den „Atomdeal“ kämpfen, bis er zurückgenommen wird. Wir wollen, dass Deutschland langfristig seine Energie zu 100 Prozent CO₂-frei beziehen kann. Dazu wollen wir Erneuerbare Energien deutlich ausbauen und vor allem die Energieeffizienz bei Gebäuden, im Verkehr und in der Wirtschaft drastisch erhöhen.

Was können Sie gegen Atomdeal von Schwarz-Gelb machen?

- Sich den vielen Initiativen gegen Atomenergie anschließen und an Protestaktionen teilnehmen.
- Auf bundestag.de die Petition für die Einhaltung des Atomkonsens unterzeichnen.
- Den Stromanbieter wechseln und den Atomstrom damit abschalten: atomausstiegselbermachen.de

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: ANJA LINNEKUGEL | OKTOBER 2010

© **FOTOS:** BILDERBOX.COM (TITEL), PICTURE-ALLIANCE/DPA - BILDFUNK (S. 2), BILDERBOX.COM (S. 7-8)

GRAFIK: CHRISTIANE BEYER (TITEL), S. VOORWINDEN (S. 4)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN T AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Schwarz-Gelb: Klientelpolitik, Verunsicherung, Spaltung

Atomdeal gegen die Bürgerinnen und Bürger

